

Gegen die staatlichen Warenhäuser. Die Regierung plant bekanntlich die Errichtung einer Reihe von Warenhäusern, in denen neben Lebensmitteln auch die wichtigsten Bedarfsartikel, so besonders Kleidungsstücke, verkauft werden sollen. Wie verlautet, hat die Regierung auch bereits den Zentralpalast in der Mariahilferstraße um $3\frac{1}{2}$ Millionen Kronen erworben, und mit einem anderen Warenhaus sollen gegenwärtig gleichfalls Unterhandlungen wegen des Ankaufes schweben. Die österreichische Kaufmannschaft hat für Mittwoch, den 11. d., eine Versammlung in das Haus des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft einberufen, an der Vertreter aller Handelskammern Oesterreichs teilnahmen und in der zu dem Plane der Regierung Stellung genommen wurde. Eine besondere Abordnung hat dazu noch heute bei der Regierung vorgesprochen und seine ablehnende Stellung mündlich begründet.